

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger)

Verleger:
Riesner
Hauptstadt
Hauptstadt

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Hauptstadt, des Kreisamtes und des Amtshauptmanns beim Amtssitz in Rieser, das Amt der Stadt Rieser,
des Finanzamtes in Rieser und des Hauptamtes in Rieser beständig bestimmt Blatt.

Verleger:
Riesner
Hauptstadt
Hauptstadt

Nr. 280.

Montag, 1. Oktober 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Hauptstadt, des Kreisamtes und des Amtshauptmanns beim Amtssitz in Rieser, das Amt der Stadt Rieser,
des Finanzamtes in Rieser und des Hauptamtes in Rieser beständig bestimmt Blatt.

Amerikas Gegenvorschlag.

Der Wortlaut der in Paris und London überreichten Antwortnote Washingtons bietet in vielerlei Hinsicht eine große Überraschung. Er ist erstens eine nicht ungesunde Korrektur der Ansicht, wonach sich in den letzten Monaten eine merkliche Entfremdung zwischen England und Amerika bemerkbar gemacht haben soll. Er enthält dann zweitens einen Gegenvorschlag, dessen Bedeutung weit über die Ablehnung hinaus geht, die in der Note dem englisch-französischen Flottenkompromiss erteilt wird. Man wachte in den Kreisen der englischen Regierung, daß die zwischen Frankreich und England getroffenen Abmachungen in der Flottenfrage die schärfste Rippenklammer der amerikanischen Note seien. Man hoffte, man konnte sich aus der harten Opposition der englischen Presse davon überzeugen, daß sich auch im Innern des Landes ein nicht zu verkennendes Bewusstsein über die Flottenpolitik der Regierung geltend gemacht hätte. Das Londoner Kabinett hatte also gegen zwei Fronten zu kämpfen: gegen den amerikanischen Protest und gegen die Opposition im Inlande, die angelockt der kommenden Wahlen besonders schmerzhaft war. Der Druck, der von beiden Seiten aus das amtliche London ausgedrückt wurde, war so stark, daß man in verantwortlichen Kreisen London sich bereits mit dem Gedanken abgefunden hatte, womöglich das gesamte französisch-englische Flottenkompromiss fallen zu lassen.

Der Wortlaut der amerikanischen Note wurde zu einer Überraschung, und zwar zu einer Überraschung, die das amtliche London recht freudig begrüßt. Das französisch-englische Flottenkompromiss ist zwar in der Note von Amerika als gänzlich unüberwindlich und unannehmbar bezeichnet worden. Aber die amerikanische Regierung hat es bei diesem negativen Teil der Note nicht belassen. Sie hat einen Gegenvorschlag gemacht, der, wenn er auch im ersten Augenblick von London sehr skeptisch beurteilt wird, dennoch zeigt, daß die Vereinigten Staaten keineswegs gelassen sind, den Boden nach England und Frankreich abbrechen zu lassen. Der Gegenvorschlag Amerikas läuft auf eine direkte Einladung an England und Frankreich zu neuen Verhandlungen hinaus. Washington bekennt sich aber nicht nur damit, neue Verhandlungen vorzuschlagen, es gibt schon jetzt bekannt, auf welcher Grundlage diese Verhandlungen geführt werden sollen und wie sich die Vereinigten Staaten das Kompromiss ungefähr denken, das in diesen Verhandlungen gefunden werden soll.

Um den Sinn des amerikanischen Vorschlages zu erkennen, muß man sich zunächst einmal die beschriebenen Standpunkte der drei großen Seemächte vor Augen halten. Amerika verlangt, daß Abmachungen über eine Verminderung der Rüstungen zur See alle Klassen von Kriegsschiffen umfassen sollen. Frankreich lehnt die Möglichkeit einer Abminderung nur in einer Beschränkung nach Gesamttonnage. England endlich möchte sich nur dann für eine solche Beschränkung entscheiden, wenn sie nach Schiffsklassen vorgenommen wird. Das sind die ursprünglichen Standpunkte dieser drei Seemächte, über die sich bekanntlich keine Einigung hat finden können. In dem englisch-französischen Flottenkompromiss kamen die beiden Mächte darin überein, Beschränkungen generell gelten zu lassen, wobei allerdings Kreuzer und U-Boote von 600 Tonnen und darunter dieser allgemeinen Beschränkung nicht unterliegen sollten. Man hat hier zu beachten, daß die letzten Kreuzer, die nach dem französisch-englischen Kompromiss nicht von der Beschränkung betroffen werden, nach den Erkenntnissen der heutigen Marinetechnik den ausfallgebenden Kampfwert darstellen. Diese Ansicht hat besonders für die englische Marine Geltung, da England bei der unpopulären Ausdehnung seines Imperiums für den Schutz seiner Gebiete in der Ostsee auf die Kampfwert dieser leichtbewehrten Kreuzer angewiesen ist. Im Gegensatz zu England legt Frankreich das Hauptgewicht seiner Marineaufstellungen auf den Ausbau der U-Boote. Die französischen Marinefachverständigen sind zu der Auffassung gekommen, daß kleinere U-Boote mit einem Gesamttonnageumfang von 600 Tonnen und darunter strategisch besser zu verwenden seien als größere. In den Bestimmungen des englisch-französischen Flottenkompromisses erteilt man, daß die beiden Ansichten auf eine für beide Teile annehmbare Formel gebracht worden sind. Diese Formel besteht darin, wie ganz objektiv zuzugeben ist, in keiner Weise die amerikanischen Bedürfnisse. Die amerikanischen Marinefachverständigen sehen den wirtschaflichen Nutzen für die See Land in dem Vorhandensein von schweren Kreuzern, die gerade nach den Bestimmungen des englisch-französischen Flottenkompromisses einer Beschränkung unterworfen werden sollen. Das ist den Vereinigten Staaten nicht daran zu tun ist, sich erstlich mit England und Frankreich zu vergleichen, das geht jetzt aus dem Gegenvorschlag der letzten Washingtoner Note hervor, da er sich immerhin zu einem Entgegenkommen verhält. Washington will zwar grundsätzlich die Beschränkungen auf Schiffsklassen festgehalten werden, es soll aber jeder einzigen Seemacht gestattet werden, auf die für eine bestimmte Schiffsklasse zugelassene Höchsttonnage bis zu einem gewissen Grad zu verzichten und statt dessen Fahrzeuge einer anderen Schiffsklasse zu bauen, die sie für ihre Verteidigung für wichtig hält. Das heißt also mit anderen Worten, daß jede der Mächte freie Hand erhält, in einer Schiffsklasse eine Erhöhung einzuführen zu lassen, wenn diese Erhöhung von der Tonnage der anderen Klassen wieder abgezogen wird. Die

Die weiteren Pläne für „Graf Zeppelin“.

Die große Deutschland-Fahrt des „Graf Zeppelin“ am Dienstag.

Friedrichshafen. (Funknachricht.) Wie der Sonderberichterstatter des W.F.D. heute von Dr. Edener erzählt, ist der Aufstieg zur großen Deutschland-Fahrt am Dienstag früh 7 Uhr angesetzt. Die Wetterlage hat sich etwas gebessert. Der Nordostwind ist aber immer noch ziemlich stark, so daß das Schiff dauernd Gegenwind haben wird. Innerhalb dieses Umfanges kann nur die Route bis Berlin festgelegt werden, während die Entscheidung über die weitere Fahrt erst morgen getroffen werden kann. Die Fahrt nach Berlin geht vornehmlich über Hlm., Krefeld, Posen, Belgien, wobei allerdings noch kleinere Zwischenstationen eingeplant sind.

In Berlin wird der „Graf Zeppelin“ etwa um 1 Uhr nachmittags eintrafen und sich dem Reichspräsidenten vorstellen. Dann kommt es darauf an, ob es möglich ist, die Fahrt nach Königsberg noch bei Tageslicht zu erreichen. Ist das nicht der Fall, so würde der „Graf Zeppelin“ über den westlichen Teil der Ostsee gehen und dort übernachten.

Ueber die Rückfahrt läßt sich noch nichts sagen, ob West- oder Ostdeutschland berührt wird. Es kommt aber nur eines von beiden in Frage. Dr. Edener will noch abends vor Dunkelheit wieder in Friedrichshafen sein.

Was die Amerikafahrt anbelangt, so bleibt es auch gegenüber anderen laufenden Nachrichten dabei, daß Dr. Edener unter allen Umständen sobald wie möglich fahren will. Das

Schiff wird Ende der Woche für die Amerika-Fahrt nach sein und spätestens Anfang nächster Woche fahren, wenn die Wetterverhältnisse es irgendwie gestatten.

Friedrichshafen. Wie der Sonderberichterstatter des W.F.D. von Dr. Edener erzählt, hat Reichsminister Dr. von Gumboldt mitgeteilt, daß er wegen Arbeitsüberlastung leider nicht an der großen Deutschland- und Nordfahrt des Graf Zeppelin teilnehmen könne, die sich aber zwei Tage erstrecken würde, und damit länger dauern wird, als ursprünglich in Aussicht genommen. Der Tag der Abfahrt wird am heutigen Montag auf Grund der Wetterverhältnisse bestimmt werden. Am liebsten möchte Dr. Edener in aller Frühe am Dienstag aufsteigen, um Reichspräsident von Hindenburg zu seinem Geburtstag mit dem Graf Zeppelin eine besondere Guldigung darzubringen, leider sehen die Wetterverhältnisse sehr schlecht aus. Ueber dem Bodensee gingen heute starke Wolken nieder, die offenbar die Vorzeichen eines schweren Tages sind, das vom Kanal herüberzieht. Dazu kommt noch, daß die Atmosphäre sich jetzt in einem Stadium horizontaler Stürme befindet, die sich im Ozean aus dem Kampf der warmen und der kalten Luftmassen zu entwickeln pflegen und solange dauern, bis der Ausgleich beider Kräfte vollzogen ist. Unter diesen Umständen ist es nicht ausgeschlossen, daß der nächste Aufstieg erst am nächsten Mittwoch erfolgen kann. Im Hinblick auf diese Unannehmlichkeiten ist noch eine besondere Verfahrensart für besondere Gelegenheiten in Aussicht genommen, und zwar wird der „Graf Zeppelin“ für die Amerikafahrt nach sein. Es werden alle Anstrengungen gemacht, um die Fahrt sobald wie möglich anzutreten, und man rechnet jetzt mit etwa dem 7. Oktober als spätestem Termin, vorausgesetzt, daß nicht noch weitere Wetterüberläufe auftreten.

Poincaré über Frankreichs Friedenswillen.

Paris, 30. September. Ministerpräsident Poincaré hielt heute in Chambery anlässlich der Gastfreundschaft eines Kriegerverwundeten eine Rede, in der er u. a. sagte, der Friedensvertrag von Versailles habe Frankreich ein Glück seines Reiches abgebracht. Trotz dieser Feststellung habe Frankreich bis zur letzten Stunde alles getan, um seine Konflikte zu verhüten. Als nach dem Kriege, der ohne seinen Willen ausbrach, Frankreich von allen das Recht anerkannt wurde, seine Stimme zu erheben, habe es sich darauf beschränkt, die Wiederherstellung des Friedens, was man ihm gewissens habe. Seitdem Frankreich die Waffen niedergelegt habe, habe es nichts erreicht, was über die Friedensverträge hinausginge. Als im Ruhrgebiet der passive Widerstand ausbrach und Deutschland einwilligte, den Dampfsystem anzubieten zu lassen, habe er, Poincaré, sich bereit, die Zustimmung Frankreichs zu dem neuen System durchzusetzen. Auch bei den künftigen Verhandlungen zwischen den Mächten und im Völkerverband sei Frankreich dem Geist internationaler Eintracht treu geblieben. Auch bei den kommenden Verhandlungen werde der dringende Wunsch nach allgemeiner Verständigung die Gedanken Frankreichs leiten. Frankreich wünsche, daß bei allen Willkür ein ebenso anfruchtbarer und dringender Friedenswille vorhanden sei wie bei ihm selbst.

Auf die Wiederherstellung der Ruhe, erklärte Poincaré: Wir haben uns als erstes Band auf den Weg der Wiederauf-

geben, nicht nur in Washington und Genf, sondern auch in Paris durch die Verringerung unserer Offizierskräfte und durch die Herabsetzung der Militärkräfte. Dadurch haben wir ein Beispiel gegeben, das zur Genüge unsere Botschaft bezeugt. Man wird jedoch begreifen, daß wir bei der Verringerung unserer Verteidigungsmittel gezwungen sind, den Angriffsmitteln Rechnung zu tragen, die andere durch ihre Rüstung, durch ihre auf militärische Vorbereitung eingesetzten Verbände, durch die Stärke ihrer Bevölkerung und durch die gute Möglichkeit, ihre Industrie auszuheilen, besitzen. Deshalb haben wir, wenn man auch neue das Reparationsproblem ins Auge fassen will, gezwungen, daran zu erinnern, daß eine Regelung, gleichviel welcher Art, geordnetweise leicht leitend, unserer Schuldner gegenüber der integralen Zahlung besser, was wir anderen Kriegsländern zahlen müssen, eine bestimmte Entschädigung für unsere Kriegsschäden garantieren muß. Wenn aber auch das in diesen beiden Punkten, Sicherheit und Reparation, gegebenes Versprechen nicht gehalten, leichtfertig unsere Pläne zu begehen, so beschließen wir doch nicht, Verhandlungen zu eröffnen mit dem Gintergebankten, so in die Länge zu ziehen, oder sie zum Scheitern zu bringen. Welt davon überzeugt! Wir werden sie im Gegenteil so früh wie möglich aufnehmen und sie in bereitwilligster Weise mit gutem Vertrauen auf das Gelingen fortsetzen.

Austauschmöglichkeit soll sich nach einem gewissen Prozentsatz richten, der allerdings in der amerikanischen Note nicht angegeben wird. Da es schließlich in der Hauptsache auf die Höhe dieses Prozentsatzes ankommt, so dürfte Annahme oder Ablehnung des Washingtoner Vorschlages durch Frankreich und England erst von einer genaueren Mitteilung über die Höhe dieses Prozentsatzes durch Amerika abhängen sein. Es ist jedenfalls anzunehmen, daß die letzte amerikanische Note die Kabinette von London und Paris bewegen wird, in neue Unterhandlungen mit Washington einzutreten.

Der Streit auf den Geesthaffswerten ausgebrochen.

Biel. (Funknachricht.) In Bestrafung der von den Gewerkschaften ausgeübten Barocke ist nach dem Scheitern aller Verhandlungen die Arbeit heute früh auf dem Geesthaffswerten eingestellt worden. Von den Streik werden allein in Biel rund 18000 Arbeiter betroffen. Die Verhandlungen werden verzögert.

Wiederwahl Dr. Schachts zum Reichspräsidenten.

Berlin. In der Sitzung des Generalkonvents der Reichstagsversammlung wurde Reichspräsident Dr. Schacht für eine zweite Amtsperiode von vier Jahren einstimmig wiedergewählt. Die amtlich vorgeschriebene Bestätigung durch den Reichspräsidenten ist nachfolgend.

17,4 Millionen Steuern und Abgaben niedergefallen.

Berlin. Der Reichsfinanzminister Gillerding hat heute dem Reichstag eine Uebersicht über den Stand der Erhebung und Verrückung von Steuern und Abgaben vorgelegt, und zwar mit dem Stichtage des 1. Juli d. J., jedoch also die Steuern für die ersten Monate des Rechnungsjahres 1928, April bis Ende Juni, in Frage kommen. Nach der Aufstellung betrug bei den letzten Verfalls- und Verfallskreuzen in der Reichsheit des Steueraufkommens rund 998 Millionen. Es waren aber insgesamt 1792 419 Steuerpflichtige mit den Zahlungen in Rückstand geblieben; der Rückstand belief sich auf 413,977 Millionen. Von diesem Rückstandsbeitrag waren erlaubterweise gestundet rund 250 Millionen. Aus Billigkeitsgründen erlassen und niedergefallen wurden zusammen 10,847 Millionen.

Auch beim Steuerabzug vom Arbeitslohn ergaben sich Rückstände in der Ueberweisung, und zwar in 5 410 Einzelfällen im Werte von rund 5,8 Millionen. Erlassen und niedergefallen wurde begrifflicherweise in dieser Rubrik nichts, da der Unternehmer ja die Steuer vom Arbeitnehmer einbehalten hatte.

In Zinsen und Verzinsungsabgaben gab es 11 543 Rückstände im Betrage von rund 109,7 Millionen; behindert gestundet waren in diesen nur 32,6 Millionen. Erlassen und niedergefallen wurden zusammen auf diesem Gebiete rund 3,6 Millionen. Insofern insgesamt in der Veranschlagung durch den Reichspräsidenten auf 17,4 Millionen in die Rubrik der Rückstände von Zahlungen zu rechnen.